



Ja zum Kreisarchiv – Streit um Finanzierung

ÖPP-Projekt läuft 30 Jahre: Auftrag geht an Unternehmer Wiebe aus Achim

Auf der „Grünen Wiese“ vor dem Nordhorner Kompetenzzentrum im NINO-Hochbau (Bild) wird das Kommunal- und Kreisarchiv Grafschaft Bentheim gebaut.

Foto: Westdörp

Der Grafschafter Kreistag hat gestern grünes Licht für den Bau eines Kreisarchivs in Nordhorn gegeben. Die Entscheidung wurde mehrheitlich gefällt. Strittig war bis zuletzt, ob der Kreis als Bauherr auftreten oder das Bauwerk über einen Investor finanziert und realisiert werden soll.

Von Irene Schmidt

NORDHORN. Am Ende gab es keinen Zweifel: Die Grafschaft braucht ein eigenes, professionell ausgerichtetes Archiv. Dazu bekannten sich die Sprecher aller Fraktionen im Kreistag, und hinter dem Ja zum Projekt stellten viele der Abgeordneten ihre Bedenken zur Finanzierung zurück. „Wir wollen die Mehrheit nicht gefährden“, klärte SPD-Fraktionsvorsitzender

Gerd Will auf, „wir werden uns aber enthalten, weil wir das ÖPP-Modell für den falschen Umsetzungsweg halten.“ Nach langer Diskussion war damit bei nur vier Gegenstimmen der Weg zum Bau des Kreis- und Kommunalarchivs im Rahmen einer Öffentlich-privaten Partnerschaft (Private Public Partnership / ÖPP oder PPP) genehmigt.

„Dieses Archiv soll nicht nur ein trockenes und feuerfestes Lager für Schriftgut sein.“

Hans-Werner Schwarz
Erster Kreisrat

Zu Beginn der lebendigen Debatte hatte der Erste Kreisrat Hans-Werner Schwarz noch einmal den steinigsten Weg bis zur endgültigen Abstimmung am Donnerstag im Grafschafter Kreistag in Erinnerung gerufen. Seit sechs-einhalb Jahren wurde auf

verschiedenen Ebenen gesucht, geplant, diskutiert und informiert, bevor über den Rahmen für die Ausschreibung Konsens erzielt werden konnte. Erreicht wurde der klare Beschluss, dass Landkreis und Kommunen gemeinsam in Nordhorn ein Archiv einrichten wollen, das ein „Gedächtnis der Region“ und ein Treffpunkt für Heimatinteressierte, Lehrende und Forschende werden soll.

Es gehe nicht darum, ein trockenes und feuerfestes Lager für Schriftgut zu bauen, sondern einen „besonderen außerschulischen Lernort“ zu schaffen, erläuterte Schwarz. Als neue Heimat für den Grafschaft Bentheim Tourismus (GBT) sowie die Kulturabteilung des Landkreises und des Kreismedienstandorts werde der Archivstandort zusätzlich aufgewertet, so der Erste Kreisrat. Während der Debatte mahnte Schwarz aber auch zu bodenständiger Sachlichkeit:

„Das Archivgut soll sicher gelagert werden, aber wir reden hier nicht über Weltkulturerbe.“ – Anlass waren Ausführungen und Fragen von Andreas Langlet von Bündnis 90/Die Grünen zur Lux-Stärke, Luftfeuchtigkeit und Temperatur in Archivräumen, zur Schadstoffbelastung und Luftreinigung bis hin zu ISO-Richtlinien für Brandmelder und Rauchabzugssysteme.

Die eigentliche Diskussion drehte sich jedoch erneut um die Frage, ob eine Öffentlich-privat Partnerschaft sinnvoller sei als eine direkte Finanzierung über den Kreistag. Zwar war die Entscheidung für das ÖPP-Modell vom Kreistag bereits im Februar 2014 mehrheitlich gefasst worden, jedoch waren die seinerzeitigen Gegner nicht überzeugt worden.

Der Neubau auf dem NINO-Areal soll gut 6,6 Millionen Euro kosten und über 30 Jahre finanziert werden.

Reinhard ten Brink von Pro Grafschaft kritisierte nicht nur eine Aufblähung des Projekts von ursprünglich 3,8 Millionen Euro auf die aktuelle Summe, er kritisierte auch, dass die Zinsbindung nur auf zehn Jahre berechnet worden sei, obwohl der Kreis selbst sich die historisch niedrigen Zinsen für 30 Jahre sichern könne.

Die Kostensteigerung mo-

„Mir kommt das Ganze aus dem Bereich der Abfallwirtschaft mehr als bekannt vor.“

Herbert Ranter
DKP-Abgeordneter

nierte auch Herbert Ranter (DKP). Ihn erinnere das Vorgehen an die Abfallwirtschaftsdebatte. Plötzlich spielten die Kosten keine Rolle mehr. Zahlen müssten dafür die Bürger.

Dieter Kunert (Grüne) ergänzte, das Zinsrisiko bleibe

unübersehbar, selbst wenn der Zins noch auf 20 Jahre festgeschrieben werden könne (Details zur beschlossenen Finanzierung siehe Infokasten rechts). Womöglich könne es in 20 Jahren für die dann verantwortlichen Abgeordneten „ein böses Erwachen“ geben.

CDU-Vorsitzender Reinhold Hilbers und auch Zweiter Kreisrat Uwe Fietzek verteidigten das ÖPP-Modell. Der feste Preis bilde einen klaren Kostenvorteil. Außerdem belege eine ausführliche Vergleichsrechnung den Vorsprung von ÖPP, so Hilbers. Fietzek verwies auf Vorteile in Haftungsfragen. Für Risiken, wie Wassereinbrüche an der neuen Sporthalle des Burg-Gymnasiums, hafte der Unternehmer. Trete der Landkreis selbst als Bauherr auf, müsse er, wie am Gymnasium am Stadtring, selbst für Risiken haften oder langwierige Auseinandersetzungen darüber führen.

ÖPP: Mit Partner zum Kreisarchiv

Laut Beschluss des Grafschafter Kreistags vom Donnerstag wird als Ergebnis einer Ausschreibung das Unternehmen H. F. Wiebe GmbH aus Achim den Auftrag zum Bau des Kreis- und Kommunalarchivs in Nordhorn erhalten. Das geschieht im Rahmen eines ÖPP-Verfahrens. ÖPP heißt „Öffentlich-private Partnerschaft“ und besagt, dass der private Partner (hier Firma Wiebe) die Verantwortung zur Erstellung der Leistung übernimmt, während die öffentliche Hand dafür Sorge trägt, dass gemeinwohlorientierte Ziele beachtet werden. Die öffentliche Hand erwartet von der Partnerschaft mit der privaten Wirtschaft die Entlastung der Haushalte, da laut Wikipedia „der private Unternehmer die Finanzierung selbst besorgt und daher auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes achten muss“. Auf gleiche Art wurde auch bei der Sporthalle am Burg-Gymnasium verfahren. Die Kosten der Maßnahme betragen insgesamt 6,61 Millionen Euro. Der Landkreis zahlt dafür nach derzeitigen Berechnungen 30 Jahre lang jährlich 220 400 Euro. Die Zinsbindungsfrist läuft nach 20 Jahren ab, sodass dann, falls der Zinssatz wieder steigt, auch die Jahresraten angehoben werden könnten. Für die Mitnutzung des Archivs bezahlen die Kommunen knapp 130 000 Euro pro Jahr an den Kreis.